

Leistbares Wohnen

„Trendwende schaffen“

Kaum ein Tag, an dem sich nicht ein Verband, ein Funktionär oder Politiker zum Thema „Leistbares Wohnen“ zur Wort meldet. a3BAU hat einige Zitate herausgegriffen:



Markus Sturm

Markus Sturm, Obmann des Vereins für Wohnbauförderung: „Gewichtige Kostentreiber wie die überbordenden ökologisch-energetischen Anforderungen der Wohnbauförderungsgesetze und bautechnischen Normen und Standards bleiben in der Diskussion so gut wie ausgeblendet. Dem starken Anstieg der Baukosten durch die Normenlawine und hohe Öko-Standards stehen nicht mehr, sondern weniger Wohnbauförderungsmittel gegenüber. Gerade angesichts der prekären Einkommensentwicklung der Haushalte ist ein schonungsloses Überdenken des hohen Qualitätslevels im geförderten Wohnbau unumgänglich. Zentraler Maßstab bei den Bauvorhaben muss künftig der Nutzen für die Bewohner und die Wirtschaftlichkeit sein.“

Paul Edlauer, Vizepräsident des Immobilienringes IR: „Politiker vermitteln den Bürgern zum Thema Wohnen ein unsachliches und falsches Bild zur Immobilienwirtschaft, ein Verhalten, das an Fahrlässigkeit grenzt ... Wohnen ist in den letzten Jahren teurer geworden, aber nicht die Wohnungsmiete, sondern Betriebs- und Energiekosten. Wohnungen, die dem Richtwert unterliegen, seien ohnehin gedeckelt. Mieten für Wohnungen, die nicht



Paul Edlauer

dem Mietrecht des MRG unterliegen, hätten sich in den letzten 15 Jahren nur unwesentlich erhöht.“



Roger Hackstock

Roger Hackstock, Geschäftsführer von Austria Solar: „Die österreichischen Importkosten bei Energie steigen pro Jahr um vier Milliarden Euro, Haushalte und Betriebe müssen beim Heizen immer tiefer in die Tasche greifen. Das zeigt auch der Heizkostenzuschuss, dessen Mittel binnen drei Jahren auf dreißig Millionen Euro verdoppelt werden mussten. Die Energiekosten sind der stärkste Inflationstreiber, wie die Nationalbank seit Jahren aufzeigt. Die Bundesregierung muss mit der eingesetzten Arbeitsgruppe für leistbares Wohnen eine Trendwende bei der Senkung der Heizkosten schaffen.“

Anton Holzapfel, GF Österreichischer Verband der Immobilienwirtschaft: „Die Politik muss Farbe bekennen: Wenn über Richtwertmietzins-Beschränkungen diskutiert wird, dann muss vorweg einmal erklärt werden, warum der Wiener Richtwert um zwei Euro pro Quadratmeter und Monat unter dem Richtwert von Leoben oder Bischofshofen liegt. Die Politik hat den Richtwert 1994 in Wien künstlich niedrig angesetzt. Bei stark steigender Nachfrage führt dies nun zu stärkerem Druck auf die Mietpreise.“



Anton Holzapfel

Franz Roland Jany, GF der Gemeinschaft der Dämmstoffindustrie: „Die derzeitige Diskussion über eine bereits längst fällige notwendige Anpassung des Wohnrechts ist wichtig, notwendig und rasch zu beginnen – allerdings wird dadurch der Nachfragedruck auf dem Markt nicht reduziert. Das geht nur über eine Erhöhung des Angebots geförderter Neubauwohnungen, Ein zusätzlicher Bedarf an Finanzmitteln könnte von der Europäischen Investitionsbank sowie den Pensionskassen aufgenommen und direkt an die gemeinnützigen Wohnbauträger weitergegeben werden.“



Franz Roland Jany

Daniel Domini, GF Saint Gobain Isover Austria: „Immer öfter werden Stimmen laut, die meinen, man könnte die Ansprüche an die Energieeffizienz von Gebäuden senken, um so bei den Errichtungskosten zu sparen. Diese Haltung ist nicht nur kurzfristig, sondern auch sachpolitisch völlig verfehlt. Die Ausgaben für Heizkostenzuschüsse werden weiter steigen und die Haushalte der Länder belasten. Da wäre es doch langfristig wesentlich sinnvoller, in Energieeffizienz zu investieren. Der springende Punkt beim leistbaren Wohnen sind nämlich nicht ausschließlich die Errichtungskosten, sondern die Wohnkosten.“



Daniel Domini

© Fotomedia Franz Pfluegl

Plattform Umwelt + Bauen

Sonderwohnbauprogramm

Die Bausozialpartner und Wohnbauexperten der Plattform Umwelt + Bauen analysierten die Wohnbauprogramme der Regierungsparteien und präsentierten ein daraus resultierendes, mit dringend notwendigen Maßnahmen ergänztes Bundes-Sonderwohnbauprogramm 2013:

1. Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderung.
2. Mindestveranlagungsvorschriften für Pensions- und Vorsorgekassen zugunsten Wohnbau.
3. Günstige, zusätzliche Wohnbaufinanzierungsmittel von der Europäischen Zentralbank und/oder vom Kapitalmarkt im Weg über eine Bundes-Wohnbauagentur bzw. die Österreichische Bundesfinanzagentur.
4. „Mobilisierung“ von Bauland für den sozialen Wohnbau.
5. „Nachverdichtung“ von Wohnraum forcieren.
6. „Generationenausgleich“: Klarer gesetzlicher Auftrag für die gemeinnützige Wohnungswirtschaft.
7. Erweiterung der Bundes-Sanierungsscheck-Aktion zugunsten barrierefreier Maßnahmen.
8. Schaffung von Beschäftigung am Bau durch Auftragsvergabe an österreichische Firmen.